

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

zum Streiten reicht einer, zum Vertragen braucht es zwei. Und im Zweifel hat immer der andere Schuld. Zwei Fraktionen dieses Hauses haben uns das in den vergangenen Wochen eindrucksvoll vorgeführt. Sie ahnen es: Ich meine das Scheitern der grün-roten Ratsmehrheit auf offener Bühne. Nach vielen unübersehbaren Rissen folgte der endgültige Bruch zwischen Grünen und SPD mit dem aktuellen Haushalt. Wo ist die gerade in der Anfangszeit zur Schau gestellte Harmonie dieses Bündnisses? Die gegenseitigen Schuldzuweisungen zeigen: Davon ist spätestens zu Beginn des Wahljahres 2026 nichts mehr übrig.

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte, könnte man meinen. Doch Grund zum Jubeln bot die zweimonatige Hängepartie nun wirklich nicht. Statt bei angespannter Kassenlage bereits im Dezember, spätestens aber im Januar, einen Haushalt zu verabschieden, wurde hinter verschlossenen Türen taktiert und verzögert. Leidtragende sind die vielen Empfänger von Dritt- und Fördermitteln: Aus Sport, Kultur, sozialem Bereich und Jugendhilfe. Denn die warten nun bis zur endgültigen Genehmigung des Haushalts noch länger auf ihr Geld.

Aber das dürfen Sie denen erklären.

Als CDU-Fraktion konnten wir diesem Schauspiel nicht länger tatenlos zusehen. Nicht aus Schadenfreude, sondern um Schaden abzuwenden, haben wir Verantwortung übernommen. Gemeinsam mit SPD und FDP stellen wir daher heute einen Entwurf zur Abstimmung. Bei beiden Fraktionen bedanken wir uns für die konstruktiven und lösungsorientierten Gespräche in den vergangenen Wochen.

Meine Damen und Herren,

um Missverständnissen vorzubeugen: Mit SPD, CDU und FDP hat sich wenige Monate vor der Kommunalwahl keine neue politische Mehrheit in diesem Rat gefunden. Vielmehr handelt es sich um ein Zweckbündnis, damit Oldenburg endlich einen Haushalt bekommt. Damit die Verwaltung zu 100 Prozent handlungsfähig ist. Damit die vielen Vereine und Initiativen endlich Planungssicherheit erhalten.

Wir handeln sozusagen aus **Staats-** oder besser gesagt aus **Stadträson**.

Bislang war es immer demokratische Tradition, Gespräche über den Haushalt zu führen, auch wenn sich noch keine Mehrheiten abzeichneten. Das haben Grüne und SPD in diesem Jahr lange anders gesehen. Die Telefone klingelten bei uns erst, als das Kind bereits in den Brunnen gefallen war. Schade, denn auch einige Wochen früher hätten wir uns Gesprächen nicht verweigert.

Eine Mehrheit mit den Grünen allerdings, das sage ich hier klipp und klar, wäre für uns undenkbar gewesen.

„Kein Haushalt ohne Einwohnerbefragung zum Stadion“ – mit dieser Forderung haben Sie alle Türen zugemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

so ein Vorgehen ist keine Verhandlungsbasis, kein „Junktim“ wie es beschönigend genannt wird, sondern schlichtweg Erpressung. Darauf konnte sich die SPD nicht einlassen, darauf kann sich die CDU nicht einlassen. Ohne Frage: Jeder muss Kompromisse machen. Ein Ultimatum nach dem Motto „Friss oder stirb“ ist allerdings ein No-Go.

Meine Damen und Herren,

das war der etwas längere, aber notwendige Blick in den Rückspiegel. Nun schauen wir nach vorne auf den kommenden Haushalt, den wir, so hoffe ich, heute beschließen. Warum die Einigung mit SPD und FDP auf den vorliegenden Entwurf? Die gelang vor allem deshalb, weil alle Beteiligten den Kompromiss gesucht haben. Keine Seite hat Druck ausgeübt, Maximalforderungen aufgestellt oder unannehmbare Bedingungen diktiert. Selbstverständlich haben wir die eine oder andere Position aufgeben müssen, genauso wie die SPD. Aber wir haben deswegen nicht aufgegeben.

Zum Beispiel ist es kein Geheimnis, dass wir als CDU die städtische Wohnungsbaugesellschaft ablehnen. Sie ist aber auf demokratischem Weg hier im Rat beschlossen worden. Somit müssen dafür auch Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Liebe Grüne, das ist wie beim Stadion. Wir akzeptieren das.

Dafür konnten wir unsere langjährige Forderung nach einer Organisationsuntersuchung der Verwaltungsstrukturen nun endlich auch im Budget

verankern. Und auch im Bereich Einsparungen trägt dieser Haushalt durchaus die Handschrift der CDU.

Dennoch, so ehrlich müssen wir sein, sprechen wir nicht von einem Sparhaushalt. Der Blick auf die Zahlen zeigt: Wir legen heute einen soliden Entwurf vor - ohne Mehrausgaben und mit einer geringen Entlastung von etwas mehr als 100.000 Euro im Ergebnishaushalt. Zugegeben: Es müsste mehr sein. Unseren geplanten Antrag für eine globale Minderausgabe von 5 Prozent haben wir in diesem Jahr noch zurückgestellt. Wir werden ihn aber mit Sicherheit im neu gewählten Rat einbringen.

Denn wenn wir nicht bald anfangen, mit Augenmaß zu wirtschaften, werden andere diesen Job für uns erledigen. Stichwort: Haushaltssicherung. In die werden wir zwangsläufig abrutschen, wenn wir bei zwei- bzw. dreistelligen Millionendefiziten nicht endlich gegensteuern. Bleibt diese Einsicht aus, war es das erstmal mit kommunalpolitischem Gestaltungsspielraum und freiwilligen Leistungen, liebe Grüne, liebe BSW-Fraktion.

Meine Damen und Herren,

„Wahre Wirtschaftlichkeit ist das Gegenteil von bloßem Sparen, Knausern und Verzichten. Sie besteht vielmehr in der Verhütung von Verschwendung, in der Erhaltung aller Energien und in der Abschaffung der Schlamperei.“

Dieses Zitat des amerikanischen Autors Elbert Hubbard bringt es, wie ich finde, gut auf den Punkt. Während Grüne und SPD in den vergangenen Jahren immer noch kräftig draufsattelten – als die drohenden Defizite bereits absehbar waren – setzt der aktuelle Entwurf unter CDU-Beteiligung nun endlich das erste Stoppschild.

Jetzt beklagen Sie, liebe Grüne, einen angeblichen Kahlschlag bei der Kultur. Doch, da irren Sie sich. Wir haben nichts gekürzt, aber eben auch nichts draufgesattelt. Denn Kultur wird bereits im Entwurf der Verwaltung zu Recht auskömmlich finanziert. Kein Theater muss schließen, kein Event ist gefährdet. Alle Institutionen können weitermachen auch ohne Förderung mit der Gießkanne.

Doch wenn Ihnen die Kulturförderung so sehr am Herzen liegt: Warum haben Sie das dann nicht gemeinsam mit der SPD schon im Dezember beschlossen?

So wichtig kann Ihnen die Kultur also nicht sein. Wir wissen auch warum. Sie wollen die Wahl zu einem Plebiszit über das Stadion machen, weil Ihnen sonst offenbar die Themen ausgehen.

Das Stadion ist für Sie wie die „Schlosshöfe“ 2.0 oder besser 2026. Doch aus eigener Erfahrung rate ich zur Vorsicht. Ein Projekt mit aller Macht kippen zu wollen, obwohl es schon beschlossene Sache ist, wird nach hinten losgehen – so wie im Jahr 2006 beim Einkaufscenter. Das wissen Sie als Grüne genau so gut wie die CDU.

Aber davon abgesehen: Ein Haushalt ist zu wichtig, um ihn für den Wahlkampf zu instrumentalisieren. Das durchschauen die Bürgerinnen und Bürger, in deren Namen sie vorgeben, das Stadion verhindern zu können.

Abschließend möchte ich mich in guter Tradition und im Namen der CDU-Fraktion bei der Verwaltung – allen voran bei Frau Dr. Figura und ihrem Team – für den Haushaltsentwurf bedanken. Sie haben gesehen, dass unsere eigenen Listen nicht allzu weit davon abweichen.

Somit hoffen wir in den nächsten Jahren auf solide finanzierte Haushalte und den dringend gebotenen Willen zum Sparen. Denn sonst können wir hier bald nur noch Pflichtaufgaben abnicken.

In herausfordernden Zeiten sollte jedoch die finanzpolitische Verantwortung in Oldenburg die Oberhand gewinnen.

Vielen Dank!